UE WOHNEW: SACHANALYSE

Kampf gegen bodenspekulation, gegen die zerstörung von noch intaktem wohnraum, unternehmerprofite auf kosten von sanierungsopfern, darin sehen viele die ansatzpunkte und perspektiven von ruseinandersetzungen im wohnbereich.

wie kommt es zu den sich häufenden erscheinungen, die sich so fatal ähneln und eine erfreuliche parallelität aufweisen? hohenfelde, ottensen, st. pauli, st. georg und pp! dagegen sehen wir die betonriesen wachsen: osdowfer born, mümmelmannsberg, steilshoop und dann vielleicht ganz sicher des projekt "allermöhe" richtung bergedorf.

wo bleibt da "urbanes wohnen", "schöher wohnen", die menschlichkeit? (ist es nicht ein blöder zufall, daß überall die neue heimat und ihre tochtergesellschaften zentral ihre geldfinger drinhaben, wo kein privater kapitalist mit diesen wohnungsbaugesellschaften gewinne macht, sondern alle gewinne werden wieder, bis auf einen kleinen prozentsatz von etwa 5%, alle reinvestiert?)

These I:

Im folgenden soll am hamburgener beispiel summarisch und ausschnittsweise dargestellt werden, daß heute nicht mehr nur gebaut wird, um den wohnungsbedarf zu decken, sondern es ~~g~~ handelt sich vielmehr um die durchsetzung eines globalen planstaatlichen konzeptes, hamburg wirtschaftlich umzustrukturieren und dem kapital größere und vor allen dingen sicherere gewinne zu verschaffen, ~~und~~

1. Den rahmen für jede sanierung eines arbeiter- oder angestelltenviertels in hamburg bildet das entwicklungsmodell des hamburgersenats von 1969. ("Hamburg und umland" Entwicklungsmodell. Staatliche Pressestelle Hamburg. Berichte und Dokumente Nr. 186 v. 18. 7.1969. Frei zum Nachdruck)

Ende der 50 er Jahre beobachtete die hamburgere wirtschaft und ihr ~~er~~ senat mit besorgnis eine zunehmende wirtschaftliche stagnation, deren ursache in den strukturproblemen und dem ungünstigen standort hamburgs gesucht wurde. Der senat beauftragte 1964 eine "unabhängige kommission aus städteplanern, ökonomen und juristen" die sich mit den planerischen möglichkeiten zur abhilfe dieser situation befassen sollten. Die stellungnahme dieser kommission wurde ohne wesentliche änderungen zum entwicklungsmodell ausgearbeitet, das im "Flächennutzungsplan 1973" spezifiziert wurde und die planungsrichtlinien für den gesamten hamburgere raum und dessen umland enthält. Es geht davon aus, daß die stagnation nur durch forcierte industriean siedlung überwunden werden kann. Hierzu wurde dann insbesondere der süderelberaum bestimmt, der sich in eine wirtschaftsachse von stade bis lüneburg einpassen soll. (Vergl. ~~Bürgerschaftsdrucksache Nr. 2239 "Das Entwicklungsmodell für hamburg und umland. in: Hamburg und umland, a.a.o. S. 16 und 17, 3.2. "Arbeiten"~~)

In stade hat sich bereits der VAW-aluminium konzern angesiedelt und DOW-chemicals verpestet die luft bereits mit giftigem chlogas. in hamburgere teil der achse hat sich bereits mit hilfe riesiger subventionen die KORF-stahlwerke und Reynolds-aluminium (Finkenwerder) niedergelassen.

Allen diesen werken und industriekomplexen sollen als arbeitskräftereservoirs riesige wohnansiedlungen zugeordnet werden. Beispiele: "Beiderseits der s-bahn-linie nach bergedorf werden in billwerder und allermöhe große neue wohnflächen dargestellt... Sie liegen in zuordnung zu ausgedehnten geplanten gewerblichen bauflächen im raum billwerder moorfleet." (Flächennutzungsplan 73, entwurf des erläuterungsberichtes, s.22)

"Im süderelberaum werden an der regionalachse harburg-stade in zuordnung zum geplanten hafenerweiterungsgebiet große neue wohnbauflächen erstellt"

2.1 Weg von Probe

St. Nr. 169
S. 460f

2. Da diese Siedlungsvorhaben alle noch nicht verwirklicht wurden, (Der OB fällt hier etwas heraus, da er bereits früher konzipiert war, jedoch den gleichen planerischen Überlegungen und Bedingungen unterworfen war, sodaß die Entwicklung des OB anhand des vorhergesagten genau verfolgt werden kann.) entsteht ein enormes Arbeitskräfte- und bewohnerdefizit das gedeckt werden muß. (Vergl. dazu die ~~z~~ zahlen der einwohnerbilanzen im entwicklungsmodell.). Dies geschieht durch Umsiedlung oder "Umsetzung" im ~~Bereich~~ ~~der~~ städteplanerischen terminologie. Wie motiviert man die arbeiter, "sich umzusetzen"? Durch sanierung ~~im~~ der arbeiter und angestellten-viertel in der innenstadt und in ballungsgebieten wie altona-ottensen. (Vergl. "Hamburg und Umland", a.a.o. S.25!)

- Begründung:
- a. Das geplante defizit an arbeitskräften und bewohne im hamburger süderelberaum muß gedeckt werden.
 - b. Als Arbeiter und bewohner kommen nicht ~~die~~ Blankeneser, harvestehuder oder pöseldorfer, sondern menschen aus altona, ottensen, st.pauli und st. georg.
 - c. Diese menschen wollen gern in ihren stadtteilen wohnen bleiben. Also müssen sie hinausaniert werden.

"Gerade der wohnungsbau muß sich also unter den aufgezeigten tendenzen als wichtiges instrument bei der ermöglichung der rationalisierung ~~der~~ und umsetzungsprozesse betrachten. Schwerpunkte des wohnungsbaus als komponenten der stadterweiterung müssen die schwerpunkte der industrieneuansiedlung und -verdichtung werden." (Wohnungsbau und stadtentwicklung. GEWOS schriftenreihe, neue folge, nr. 1, S.13)

These II

Es erweist sich daher als sinnvoll, sanierungspläne simultan mit der regionalplanung in angriff zu nehmen, zumal eine konkurrenz zwischen den gesellschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen der regionalplanung und der wohnungssanierung bestehen dürfte.

3. Damit wohnviertel saniert werden können, müssen sie sanierungsreif sein. es ist unbestritten, daß die meisten gebäude in "sanierungsgebieten", wie z.b. in hohenfelde, nach einigen verbesserungsmaßnahmen gut bewohnbar und außerdem billiger als sozialwohnungen wären. Die umsiedlung von arbeitern und angestellten aus den alten, sozial relativ homogenen vierteln ~~erfordert~~ ist deren interesse offensichtlich entgegengesetzt.

These III

Wie aber macht man häuser sanierungsreif? Der weg über die gezielte verslummung durch studenten und gastarbeiter und so weiter ist häufig sehr umständlich und zeitraubend und es besteht die gefahr, ~~daß~~ daß die umsetzung von planung verzögert wird.

Schneller geschieht dies durch "unabhängige" institutionen, wie z.b. die GEWOS, die eine erfindung und kontrollierte institution der neuen heimat ist. Der unrettbare "verfall" der häuser vollzieht sich bisher immer dann innerhalb der erstellungszeit für das gutachten. offenbar verfall und fäulnis durch reines nachdenken.

"Sanierung" wird heute dadurch erleichtert, daß sie mit funktionsgerechten definitionen dargestellt und legitimiert wird.

Sanierung ^{hat} ~~ist~~ bei weitem nicht immer etwas mit der bausubstanz eines hauses zu tun. es gibt auch die sanierung vom typ "Funktionswechsel".

These IV

Beim "Funktionswechsel" ergibt sich die sanierungsbedürftigkeit aus der diskrepanz zwischen den funktionen, die das

gebiet heute erfüllt bzw. schon nicht mehr erfüllen kann, und denjenigen aufgaben, die ihm zukünftig zugedacht sind oder zu denen die autonome entwicklung geführt hat. um einen typischen mischfall handelt es sich bei den citynahen wohngebieten. ihre sanierungsbeurteilung resultiert aus der bremswirkung gegen notwendige city-erweiterungen. (Probleme der sanierungsvorbereitung. GEWOS-schriftenreihe, neue folge, nr.2, s.13)

xxxxxxx

4. Um die durchsetzung bestimmter planerischer überlegungen zu garantieren, ~~xxx~~ bedarf es einer weitgehend funktionalen und personellen verflechtung ~~mit~~ zwischen den entscheidungsträgern, insbesondere den planungsbehörden.
- Im falle des OB liegen dem "Einfachen" keine informationen darüber vor, welche entscheidungsprozesse zwischen der "NH", den beteiligten behörden und der stadt hamburg zur wahl des planes der "NH" geführt haben. Es besteht für die öffentlichkeit keine transparenz über die zusammenhänge zwischen langfristiger planung (erstellt von der stadt hamburg und den umliegenden länderregierungen v. schleswig-holst., und niedersachsen), Bauvergabe (an den Baukonzern "NH"; umsatz 1969: 2,1 milliarden, gewinn 69:108,5 mill. DM und andere baugesellschaften), bauausführung (Gesellschaften und privatfirmen) und zustandekommen der zusammensetzung der ladenzentren. Die wirklichen kommunikationsabläufe dürften nur "insidern" zugänglich sein oder durch "Indiskretion" an die öffentlichkeit gelangen.

These V

Hier nur einige Personalunionen:
 SAGA (gemeinnützige Siedlungs-Aktiengesellschaft): vorstandsvorsitzender 1973: SPD-fraktionsvorsitzender in der hamburgener bürgerschaft Klose.
 Beirat der geschäftsführer der NH: neuer Fraktionschef oswald paulig; ehem. bürgermeister herbert weichmann
 Geschäftsführer der NH-Nord: MdBü (SPD) adalbert Höhne
 Aufsichtsratsmitglied der NH: Innensenator a.d. Ruhnau, Chef der Polizei.

xxxxxxxxxxxx

Vergl. dazu "Hamburg und Umland. a.a.o. S. 25:
 Unter dem kapitel "Bauflächennutzungen im Entwicklungsmodell" im Abschnitt "Planinhalt" ist dann folgendes zu lesen:
 "Eine Verwirklichung der Planung ~~ist~~ in Verbindung mit der erforderlichen Sanierung des Gebietes zu sehen, wobei sanierte Flächen, die nicht für die Verwirklichung des A2-Zentrums in Frage kommen, einer gewerblichen Nutzung vorbehalten bleiben können.
 Wohnbauflächen im Süden Ottensens ermöglichen zentrumsnahes Wohnen am Elbhochofer."
 Das "A2-Zentrum" in Ottensen ist laut planung ein sog. Cityentlastungszentrum. Ausgewiesen mit M = Management-Wirtschaftsverwaltung. In diesem Gebiet sind keine Bewohner vorgesehen. (Bis auf Hausmeister vielleicht)
 Vorbild: City-Nord.

xxx

gemeint ist hier ottensen!

Sachanalyse Osdorfer Born: Entwicklung eines Stadtteiles

Die ersten Grundüberlegungen und die Überlegungen zur örtlichen Eingrenzung für die Bebauung des heutigen Gebietes, umfassend den Osdorfer Born, liegen in einem im Jahre 1958 von den Ländern Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein erstellten Aufbauplan für den Großraum Hamburg. Die Entwicklungsachse entlang der S-Bahn-Linie nach Pinneberg ist auch Bestandteil der vorher genannten Entwicklungsplanung. (Hier als Nebenachse)

Von 4 vorgelegten Planungsideen wurde der letzte Entwurf Grundlage zum Bau des heutigen OB, vorgelegt vom Planungsteam des gewerkschaftseigenen Baulöwen "Neue Heimat".

An den Bauvorhaben beteiligten sich unter der Leitung der NH 5 weitere "gemeinnützige" Baugenossenschaften: "Neues Heim", Kopfstelle Nord der NH, die Baugenossenschaften "Hansa" und "Hamburg", die "gemeinnützige Baugenossenschaft freier Gewerkschafter" und die "SAGA" (allein über 50% aller WE). Zwei Bauvereine beteiligten sich mit 25% zusammen.

Am 2. Januar ~~1967~~ 1967 rollten die ersten Fertigteile an.

Am 1. September 1967 zogen die ersten Bewohner ein.

Oktober 1968: ca. 6 000 Einwohner

Juni 1969 : ca. 11 500 Einwohner

März/April 1970: 13 769 Einwohner

Ende 1972: ca. 16 000 Einwohner

Das ging alles so schnell!

Im OB ist der Anteil der Arbeiter und Angestellten an der Gesamt-Bewohnerzahl im OB außerordentlich hoch; 63% Arbeiter stehen 39,5% im hamburger Durchschnitt 1970 gegenüber. Bei den Angestellten ist das entsprechende Verhältnis 28,7% zu 38,8%. Der Anteil der Beamten im OB (5,9%) entspricht ungefähr dem Hamburger (6,0% 1970) und dem Bundesdurchschnitt (6,3%). Es ist zu vermuten, daß sich der prozentuale Anteil der Arbeiter der Gesamtbevölkerung des OB erhöhen wird, da die unteren Einkommensklassen und ehemalige Lagerbewohner (insgesamt 10% der Wohnbevölkerung) wieder zurück in Lager oder billigere Wohnungen müssen, da die Mieten teilweise die Mieten im "freien" Wohnungsmarkt übersteigen, obwohl oder gerade weil 90% aller Wohnungen "Sozial"wohnungen sind. Andererseits ziehen Einwohner mit höheren Einkommensklassen wieder aus, da der Wohnsitz im OB g.T als diskriminierend und öde angesehen wird. O.g. beinhaltet eine tendenzielle "Nivellierung" und Verslummung! Ca. 40% aller Beschäftigten brauchen länger als 1 1/2 Std. reiner Fahrzeit täglich zum Arbeitsplatz und zurück. Die meisten Arbeitsplätze liegen in Altona und in der Innenstadt. Ein großer Teil der Erwerbstätigen muß Akkordarbeit und/oder Überstunden leisten, um die notwendigen und zusätzlichen Anforderungen und Bedürfnisse eines Haushaltes erfüllen zu können. Nach Berechnungen und Schätzungen leisten ca. 70% der arbeitenden Menschen im OB ~~Mehr~~ zusätzliche Mehrarbeit.

Ein großer Teil kommt aus Sanierungsgebieten oder anderen Stadtteilen, außerhalb der Innenstadt. Die Mehrheit von ca. 60% wohnte vorher in einer Altbauwohnung, die vor 1948 erstellt worden ist. Ein beachtlicher Teil kommt teils aus Lagern, Laubenkolonien oder anderen Wohnunterkünften. Freiwilling sind die wenigsten Familien in dieses Gebiet gezogen. Die Wohnungen sind ihnen zugewiesen worden. Viele waren froh überhaupt eine Wohnung zu bekommen, da bei ihnen die alte Wohnung geräumt werden mußte (Räumungsbefehl oder Kündigung), weil das alte Haus abgerissen wurde (Sanierungsgebiet). Ca. 15% haben eine "Jungverheiratetenwohnung" bekommen.

Schon ein oberflächlicher Eindruck des Wohngebietes OB läßt erkennen daß kein Netz von sozialen Einrichtungen vorhanden ist, obgleich ein Großteil der sozialen Folgeeinrichtungen in der weiteren Entwicklung bis heute erstellt werden konnte. Eine der kennzeichnendsten Diskrepanzen im OB ist die ungleichzeitige Erstellung der Wohnungen und Straßen einerseits und den sozialen Folgeeinrichtungen andererseits. z.B. war die Bevölkerung fast 3 Jahre lang ohne ärztliche Versorgung. Insgesamt sind die Reproduktionsmöglichkeiten der Bewohner völlig unzureichend.

Der enorm hohe Anteil an jungen Menschen ist ein weiteres herausragendes Merkmal im OB:

1968 beträgt der Anteil der Bewohner unter 18 Jahren 45%.

Im März 1970 sinkt der Index um weitere eineinhalb Prozent auf 41,5%. Der hamburger Durchschnitt liegt bei 21%!

1972/73 gab es im OB ungefähr 6 500 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Davon waren ca. 1 000 Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren, also im Lehrlingsalter. In einigen Jahren wird es zum Bevölkerungsknall im OB kommen! XXXXX

Insgesamt ist festzustellen, daß der OB nicht in der Lage ist, weitergehende Bedürfnisse als Essen, Schlafen und Wohnen zu befriedigen. Dieses Beispiel von Unterversorgung an Folgeeinrichtungen im OB macht deutlich, daß individuelle und besonders kollektive Bedürfnisse der Menschen bei der Planung und Durchführung größtenteils unberücksichtigt ~~blieben~~ blieben.

Die Folgen sind deutlich zu erkennen: Vereinzelung, ungenügende Kommunikation, Rückzug auf die Kleinfamilie, die an die Stelle möglicher vielfältiger Beziehungen zu einem Nachbarschaftskreis oder relevanten Organisationsformen tritt. * Fort.

XXXXX Das Problem der Kinder und Jugendlichen ist das Problem des gesamten Stadtteils!

* Fort. Dabei ist der objektive und subjektiv erfahrbare Widerspruch zu benennen, daß die Funktion ^{auf Grund des} ~~der~~ ^{kleinbürgerlichen} ~~kleinbürgerlichen~~ Standes der Entwicklung der Produktivkräfte historisch überholt ist, bzw. sich in Auflösung befindet. (Mitarbeit der Frau), d.h. "künstlich"=ideologisch aufrecht erhalten ~~blieben~~ werden soll.

*Wohnb. Vorarbeiten und -bedingungen: Wohnung → siehe Foto-
kopie.*

Lernziele:(völlig unstrukturiert)

- Die Schüler sollen erkennen lernen, daß durch systematische Verwüstung und Zersiedlung der Landschaft, der Spiel- und Lebensraum insbesondere der Kinder und Jugendlichen immer weiter eingeengt wird. (Vergl. als Material: "Alle Jahre wieder" 1. - 7. Bild)
- Spielmöglichkeiten werden reduziert auf reglementierte Reservate. Dies richtet sich gegen eine Ideologie, die besagt, daß man das "schlechte Gewissen" wegen der Umweltvernichtung mit Reservaten und Schonräumen verdrängen will.
(Dazu gehört auch: "Hamburg, eine Stadt mit Herz für Kinder." Die kommerziellen Spielplätze auf der IGA z.B. auch als Ideologie). Die Umweltzerstörung liegt nicht am Papierchen auf der Straße!
- Mögliche Zentrale Fragestellung: Was ist eine Stadt? (Nichts Statisches, sondern sich Entwickelndes...), das ganz bestimmten Gesetzmäßigkeiten unterworfen ist.)
- Es soll verdeutlicht werden, daß wirtschaftliche, d.h. ~~privatkapitalistische~~ Profitinteressen ~~die konkrete Wohnsituation bestimmen~~ ~~und nicht die~~ Planung, die Wohnungsbaupolitik insgesamt ~~und~~ die konkrete Wohnsituation der Bevölkerung bestimmen, nicht aber die Bedürfnisse der Menschen Ausgangspunkt der Planung ~~und~~ sind.
- Die Schüler sollen formulieren ~~lernen~~, welches ihre hinreichenden und welches ihre zusätzlichen Bedürfnisse sind. Diese sollen sie den realen Gegebenheiten gegenüberstellen.
- Die Schüler sollen nach eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen einen Stadtplan erstellen.
- Die Schüler sollen im Umgang und Lesen mit Plänen vertraut gemacht werden.
- Die Schüler sollen bestimmten behördlichen und städtebaulichen Sprachgebrauch richtig erkennen und interpretieren lernen.
- Die Schüler sollen erkennen, daß "Sanierung" nicht bedeutet: Abriß von alten, unbrauchbaren Wohnungen und der Aufbau von besseren Wohnungen, sondern sich nach den Notwendigkeiten der "Kapitalakkumulation" orientiert. Die Betroffenen sind in jedem Fall die Arbeiter und Angestellten.
- Die Schüler sollen anhand von unterschiedlichem Bildmaterial die Entwicklung von Wohngebieten erfahren.
- Die Schüler sollen den Begriff und Inhalt von "Planung" konkret erfahren und selbst umsetzen. (Am Beispiel der eigenen Zeichnung oder ähnlichem)
- Vergl. UE "Bodenkosten" S. 2 und 3 (relevant hier?)
- Die Verquickung von staatl. Planung (Staat als ideeller Gesamtkapitalist), Gesellschaften (NH etc.) und Privatkapital sollte transparent gemacht werden.
- Aufzeigen der Tatsache, daß die sozialen Unterschiede in der Wohnungsversorgung immer größer werden. (S. 44)
- §§ - Bereich Bodenspekulation: "Die Gemeinschaft muß einen übermäßigen Teil ihres Steueraufkommens verwenden, um Flächen für den Gemeinbedarf zu überhöhten Preisen zu erwerben." (S. 45)
§§ "Wenn für ein Grundstück zwei Nutzungen miteinander konkurrieren, setzt sich immer diejenige durch, die den höheren Profit erwirtschaftet und deshalb den höheren Preis zahlen kann.. Also das Kaufhaus gegen das Kulturzentrum, die Bank gegen das alt-eingesessene Cafe und das Bürohaus gegen die Bierstube."
(So Vogel richtig in einer Rede.)

Zur Unterrichtsplanung: (Detaillierte Ausformulierung muß(?) noch geschehen)

Wir als Refs oder Lehrer und Erzieher müssen immer die Frage der Schüler konkret beantworten können:
Was soll das Ganze eigentlich? Wozu machen wir das? Was nützt uns das?

Wie erreichen wir es als Lehrer, die Schüler "betroffen" zu machen, den Unterrichtsstoff und deren Inhalte als ihr Problem zu erfassen!

Die eigene Wohnsituation kann Ansatzpunkt des Vorhabens sein, da sie der naheliegendste und erste Lebensraum ist, den der Schüler erfährt.

Untersuchung der eigenen Wohnung unter dem Aspekt: Wer wohnt wo innerhalb des Klassenverbundes.

1. Untersuchung der Schüler, wo die Eltern vorher gewohnt haben und die Gründe eines evtl. Umzuges sammeln, benennen und diskutieren. (Sind sie freiwillig umgezogen, wegen Heirat, wegen eines Kindes, Sanierung etc.)
 2. Frage nach der Höhe der Miete der Wohnung, heute-früher,
 3. Anteil der Miete am Einkommen
 4. Gab es vor einem evtl. Umzug Alternativen? Wenn ja, welche und begründen, warum keine andere Wahl getroffen.
- Solche Elterninterviews ermöglichen es den Schülern einerseits ~~den~~ die eigene Wohnsituation kennenzulernen und mit anderen zu vergleichen, andererseits sollte über ein solches Projekt der Kontakt mit den Eltern intensiviert oder intensiviert werden, und sie auch mit "betroffen" zu machen, soweit es möglich und notwendig erscheint.

Fallbeispiel 1

Herr Hanisch wohnt mit seiner Frau und den sechs Kindern für 180.-DM Miete in einer Drei-Zimmer-~~Wohnung~~ -Altbauwohnung am Stadtrand, da wo die neue Autobahn gebaut werden soll, die eine Entlastung für den Durchgangsverkehr der Großstadt bedeutet. Die Stadt als Bauer und Bezahler der Autobahn bietet ihm ~~ein~~ als Ersatz eine größere Sozialwohnung an, die 500.-DM kosten soll. Als Herr Hanisch sich die Wohnung ansehen will, ist sie schon vergeben! Außerdem, so fragt sich die Familie, sollen wir bei einem ~~hohen~~ Verdienst von 1100.-DM des Vaters und ^{wie} bei sechs Kindern die hohe Miete aufbringen? Jetzt kommt die Stadt mit einem anderen Angebot: Die Stadt bietet ihnen eine neue Wohnung im gerade fertig gewordenen ~~Stadtteil~~ neuen Stadtteil an. Familie Hanisch hat keine Wahl: sie zieht dort widerwillig ein. Herr Hanisch muß nun jeden Tag eine halbe Stunde eher aufstehen und kommt abends meistens eine Stunde oder noch später nach Hause als früher.

Fallbeispiel 2:

Frau Drösel ~~hat~~ ist geschieden und hat mit ihren drei Kindern an einer Hausbesetzung beteiligt. Als das Haus abgerissen wird, erhält sie eine Sozialwohnung. Dort wird sie sofort scheinbar angeguckt, weil sie aus einem besetzten Haus kommt. Auch seien ihre drei Kinder zu autoritär erzogen und deshalb zu laut. Als sie am zweiten Tag nach ihrem Einzug Besuch von einem langhaarigen Mann bekommt, ist die erste Beschwerde eines anderen Mieters bei der Wohnungsbaugesellschaft fällig. Nach drei Monaten befindet sich Frau Drösel mit ihren Kindern im Neubaugebiet. Die neue Wohnung ist ihr nach einem gerichtlichen Einspruch von der gleichen Gesellschaft zugewiesen worden. Die Wohnung ist etwas kleiner, dafür aber etwas teurer.

Frage: Ist es die Schuld der Leute selbst, daß sie da und da wohnen, daß sie umgezogen sind? Wollten sie alle freiwillig umziehen?

- §§ S. 8 - Sozialisationsformen, z.B. Familie und Schule als historisch bedingt und veränderbar erkennen.
 - Den Zusammenhang zwischen Wertorientiertheit, Interessenstandpunkt und Sachaussage (Ideologiekritik) an Beispielen erörtern.
 Verschiedene Differenzierungsmerkmale von Gesellschaften wie Klasse, Schicht, Position, Rolle und Ansehen erkennen und Interessen zuordnen.
 - Die eigene soziale Lage in der Gesellschaft begreifen.
 - Versuche der Steuerung der öffentlichen Meinung erkennen und beurteilen.

Dagegen "Recht" -----: absolute Sozialstaatsillusionierung!

- §§ S. 10 Kontrolle von Macht und Herrschaft als Voraussetzungen für Freiheit und Gleichberechtigung erkennen, verstehen, daß es zu deren weiterer Ausprägung des Abbaus von funktional nicht begründbarer Herrschaft bedarf.
- §§ S. 12 Es gibt keinen wertfreien Politikunterricht. Vor allem Auswahl von Themen, Fragen an die Schüler und Verhalten des Lehrers bestimmen die Ergebnisse einer Untersuchung mit.
 Politikunterricht darf den Schülern die Meinung des Lehrers nicht oktroyen, weder direkt, noch - zum Beispiel durch Themenwahl oder Fragestellung - indirekt.
 (Erziehung zum selbständigen Urteilen..)
-

Die Themen für Sozialkunde und Politik sind so kalkuliert, daß ca. 20% der zur Verfügung stehenden Zeit nicht verplant ist. Diese Zeit kann verwendet werden, um bestimmte Themen angegebene Themen ausführlicher als vorgesehen oder andere - aktuell - ergänzende Themen zu behandeln. Die Behandlung der Themen sowie die Orientierung des Unterrichts an der "Beschreibung und Zielsetzung Schwerpunktsetzung" und an den Zielen sind verbindlich.